

**Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Planung und Infrastruktur der
Gemeinde Worpswede, am Montag, 16. Mai 2022, im Rathaus, Bauernreihe 1, 27726
Worpswede (Ratsdiele) (Sitzung - 4/10. Wahlperiode)
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 20:24 Uhr**

Auszug

6. Zukunft des Schießstandes Waakhausen

- a) Antrag der SPD-Fraktion, Grüne/Linke-Gruppe und UWG-Fraktion
- b) Antrag der CDU-FDP-Gruppe

6.2. Ausschussvors. Pankoke ließ über den Antrag a) der SPD-Fraktion, Grüne/Linke-Gruppe und UWG-Fraktion abstimmen:

1. Die Gemeinde erwartet eine umfangreiche und gründliche Sanierung des gesamten Schießstandes. Für die Altlast der Sanierung aus dem Jahr 2006 fordern wir den Landkreis auf, zu prüfen, ob von der Betreiberin verlangt werden kann, das stark kontaminierte Material komplett zu entsorgen und auf eine Sondermülldeponie zu verbringen. Ziel muss es sein, dass zukünftig weitgehend ein intakter Naturraum entstehen kann.

2. Die Gemeinde Worpswede beschließt, dass eine zukünftige Bauleitplanung, z.B. für eine Raumschießanlage, einen Schallschutzwall oder sonstige bauliche Anlagen für einen Schießbetrieb auf dem gesamten Gelände des Schießstandes nicht erfolgen soll.

3. Die Gemeinde Worpswede beschließt, dass die Darstellung „Wald“ im Flächennutzungsplan auf dem gesamten Gelände des Schießstandes erhalten bleiben soll. Vor allem soll damit ausgeschlossen werden, dass nach einer Sanierung erneut ein kombinierter Schrotschießstand entstehen kann, wie im Exposé der Schießanlage Waakhausen GmbH beschrieben. Bauleitplanerisches Ziel der Gemeinde Worpswede ist es deshalb derzeit, wieder Wald auf dem Gelände zu entwickeln.

4. Die Gemeinde Worpswede wünscht, dass auch der Kugelstand geschlossen wird und damit der Schießbetrieb auf der **Schießanlage Waakhausen komplett und dauerhaft eingestellt** wird. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Änderung des Flächennutzungsplans einzuleiten mit dem Ziel, dass an Stelle des „Sondergebiet Schießstand“ „Fläche für Wald“ dargestellt wird.

AE: 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Ausschussvors. Pankoke führte aus, dass damit der Antrag angenommen ist.

Beig. Uphoff erklärte anschließend, dass man in den Fraktionen hierüber nicht leichtfertig entschieden habe, sondern sich mit diesem Thema seit 5-6 Jahren intensiv beschäftigt habe.